



Erste Beschlüsse von Schwarz-Gelb: Kennzeichnungspflicht und Frauenförderung gekippt

Die Forderungsliste zur Stärkung der Inneren Sicherheit, die CDU und FDP noch zu Oppositionszeiten geltend gemacht haben, ist lang. Mehr als 50 Maßnahmen davon haben Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden, den der neue Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner am 26. Juni in Düsseldorf unterzeichnet haben – von der Einstellung von mehr Kommissaranwärterinnen und -anwärtern und von mehr Verwaltungsangestellten über die Einführung von neuen Fahnungsrechten bis zur besseren Ausstattung der Streifenwagen. Bis die Forderungen umgesetzt sind, wird allerdings noch einige Zeit vergehen. Zwei Maßnahmen hat die neue Landesregierung aber bereits in den letzten beiden Sitzungstagen des Landtags vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause in Angriff genommen: den Wegfall der Kennzeichnungspflicht für die Einsatzhundertschaften und die Streichung der von Rot-Grün durchgesetzten Frauenförderung.

Am 12. Juli hat der Landtag auf Antrag der neuen Landesregierung einen Entwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG) beraten, mit dem der umstrittene § 19.6, nachdem Frauen bei einer im Wesentlichen gleichen Leistung bevorzugt befördert werden müssen, wieder abgeschafft werden soll. In Zukunft soll die Frauenförderung nicht über ein Gesetz, sondern über die Beurteilungsrichtlinien sichergestellt werden. Genau diesen Weg hatte in der Vergangenheit die GdP vorgeschlagen. Am 13. Juli hat der Landtag zudem einen gemeinsamen Antrag von CDU und FDP beraten, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Kennzeichnungspflicht wieder abzuschaffen. Auch damit kommt sie einer Forderung der GdP nach.

In der zentralen Frage der Personalausstattung der Polizei muss Schwarz-Gelb dagegen noch liefern.

Wenn noch in diesem Jahr die Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf 2300 erhöht werden



soll, muss der Landtag zuvor einen Nachtragshaushalt verabschieden. Der Gesetzentwurf dazu wird das Parlament aber erst nach der Sommerpause passieren. Wann die für dieses Jahr von CDU und FDP versprochenen 300 zusätzlichen Anwärtinnen und Anwärter ihre Ausbil-

dung beginnen können, ist deshalb noch unklar. Das gilt auch für den Einstellungstermin für die zusätzlichen Tarifbeschäftigten. Damit es schnell zu einer Entlastung für die Polizistinnen und Polizisten kommt, hatte die GdP Ende Juni gefordert, dass die Stellen für die ersten 500 Tarifbeschäftigten den Behörden bereits in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch dazu müssen zuvor die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Der Handlungsdruck ist auch deshalb groß, weil bis 2019 nur in einem Jahr mehr Kommissaranwärterinnen und -anwärter die Ausbildung beenden werden, als gleichzeitig ältere Kolleginnen und Kollegen ausscheiden. Eine echte Entlastung gibt es erst in den Jahren danach (siehe Grafik S.2). Ein Teil des Polizeinachwuchses wird zudem dafür gebraucht, dass zusätzliche Beamte für die Maßnahmen zur Stärkung der Terrorabwehr benötigt werden, die die alte Landesregierung noch auf den Weg gebracht hat. Wie viele Beamte vor diesem Hintergrund für die 47 Kreispolizeibehörden im September als Nachersatz zur Verfügung stehen, war deshalb Anfang Juli noch nicht entschieden. Für die neue

Landesregierung bleibt deshalb noch viel zu tun, trotz der Parlamentsferien.

Schnell entschieden haben CDU und FDP dagegen die Frage, wer in Zukunft innerhalb der Landesregierung die politische Verantwortung für die Innenpolitik übernehmen wird.



Es wird spannend in den kommenden fünf Jahren



Vieles, was im Kapitel Innere Sicherheit im Koalitionsvertrag von CDU und FDP steht, hat die GdP schon vor den Landtagswahlen gefordert. Andere Punkte sind zumindest erklärungsbedürftig oder gehen schlicht in die falsche Richtung. Zwei Beispiele:

Wir wollen die Polizei wieder für Realschüler öffnen, sagen CDU und FDP unisono. Was heißt das? Realschüler sind schon jetzt bei der Polizei willkommen, sie müssen nur die notwendige Eingangsqualifikation mitbringen, die Fachhochschulreife. Sonst scheitern sie im Beruf. Die Fachhochschulreife lässt sich aber über viele Wege erreichen. Zum Beispiel über einen Realschulabschluss mit einer darauf aufbauenden Berufsausbildung. Ein eigener Bildungsgang extra für den Polizeinachwuchs ist deshalb weder erforderlich noch sinnvoll. Im Auswahlverfahren für 2017 haben 2600 Bewerberinnen und Bewerber das Assessmentverfahren erfolgreich abgeschlossen. Das wissen auch CDU und FDP. Aber vielleicht streben sie auch ein ähnliches Modell an wie in Rheinland-Pfalz, wo landesweit in mehreren Berufsschulklassen Realschülern der Weg zur Polizei etwas geebnet wird. Mein Eindruck ist: So genau weiß das auch die neue Landesregierung noch nicht.

Das zweite Beispiel: Wenn es um die zusätzlichen Tarifbeschäftigten geht, die die neue Landesregierung in den kommenden Jahren einstellen will, redet die CDU gerne von Polizeiverwaltungsassistenten. Dass wir dringend mehr Tarifbeschäftigte bei der Polizei brauchen, ist unbestritten. Dass die neue Landesregierung sie jetzt in großem Umfang einstellen will, bringt die Polizei in NRW weit nach vorne! Aber brauchen wir dafür wirklich einen eigenen Beruf? Oder brauchen wir nicht eine Vielzahl von völlig unterschiedlich qualifizierten Tarifbeschäftigten? Vom IT-Forensiker über DNA-Experten bis hin zu Logistikern und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern.

Für die GdP steht deshalb fest: Die grundsätzliche Richtung stimmt, aber über die Details müssen wir mit der neuen Landesregierung noch reden. Deshalb ist es gut, dass Ministerpräsident Armin Laschet auf dem CDU-Parteitag Ende Juni angekündigt hat, dass die neue Landesregierung vor einer Entscheidung über einzelne Sachfragen erst mit den Gewerkschaften reden und unsere Argumente abwägen wird. An diesem Anspruch werden wir Schwarz-Gelb messen.

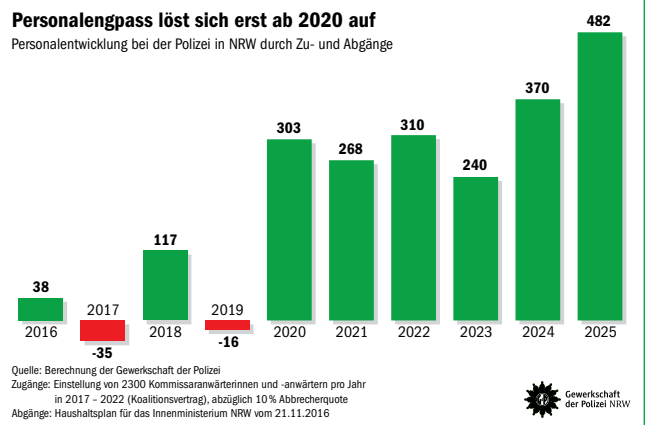
Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Mit der Berufung des früheren Generalsekretärs der NRW-CDU, Herbert Reul, zum neuen Innenminister ist Ministerpräsident Armin Laschet eine echte Überraschung geglückt. Reul hatte bislang kaum Berührungspunkte zur Innenpolitik, steht aber Laschet sehr nahe, was seine Position innerhalb des Kabinetts stärkt. Ihm wurde der bisherige Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies als Staatssekretär zur Seite gestellt.

Mathies ist aufgrund seiner Persönlichkeit und seiner Fachkompetenz innerhalb der Polizei absolut anerkannt. Die GdP hat seine Ernennung durch die neue Landesregierung ausdrücklich gelobt. „Mathies ist einer der besten Polizisten, die wir in NRW haben. Er wird der Polizei endlich wieder einen Stellenwert im Innenministerium geben“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert gegenüber den Medien.

Personallengpass löst sich erst ab 2020 auf

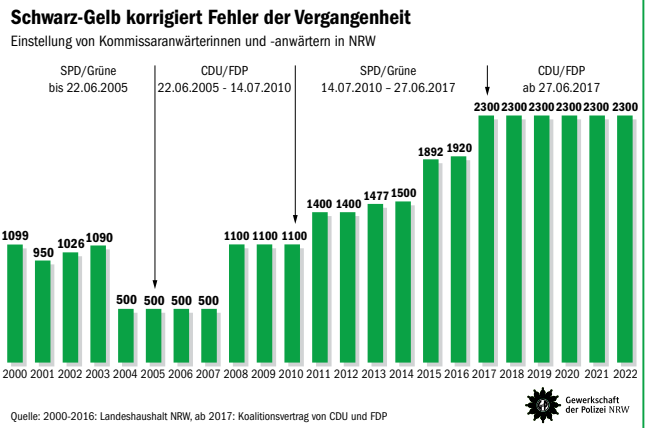
Personalentwicklung bei der Polizei in NRW durch Zu- und Abgänge



Weil in den nächsten Jahren die Zahl der Polizistinnen und Polizisten, die die Pensionsgrenze erreichen, deutlich steigt und weil gleichzeitig immer mehr Beamte für die Terrorbekämpfung eingesetzt werden, müssen die Polizeibehörden vor Ort in den kommenden drei Jahren erneut mit weniger Beamten auskommen. Erst ab 2020 kommt es zu einem echten Personalzuwachs.

Schwarz-Gelb korrigiert Fehler der Vergangenheit

Einstellung von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern in NRW



Bis mindestens 2022 will die neue schwarz-gelbe Landesregierung jedes Jahr 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen. CDU und FDP setzen damit den Kurs der rot-grünen Vorgängerregierung fort, die die Zahl der Neueinstellungen schrittweise von 1100 auf 1920 Anwärter erhöht hatte. Die Zeiten, in denen in NRW bei der Polizei massiv Stellen abgebaut wurden, um den Landeshaushalt zu sanieren, gehören damit der Vergangenheit an.



Gefahr von Terroranschlägen noch lange nicht gebannt

Drei Jahre nach der Ausrufung eines eigenen Kalifats steht die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) mit der Vertreibung aus seinen wichtigsten Hochburgen im Irak militärisch kurz vor dem Aus. Trotzdem ist die Gefahr eines Terroranschlags in Europa in den vergangenen Monaten nicht gesunken, sondern im Gegenteil noch einmal deutlich gestiegen. Auch in Deutschland. Ende Juni haben Terrorismusexperten der Polizei und Polizeipraktiker auf dem Kriminalforum der GdP über die Frage diskutiert, wie sie dieser Gefahr wirksam entgegentreten können.

Auch wenn es auf den ersten Blick paradox erscheint: Dass die Gefahr eines islamistischen Terroranschlags in Europa gestiegen ist, liegt auch am Bedeutungsverlust des IS in seinen Herkunftsländern. Denn mit den Terroranschlägen in Europa will der IS seinen eigenen Anhängern beweisen, dass er längst noch nicht geschlagen ist. Deshalb nutzt der IS seine militärischen Niederlagen gezielt propagandistisch, um vor allem in Europa neue Anhänger und Sympathisanten zu werben, die ihm in einer schwierigen Phase beistehen sollen. Eine Strategie, die gerade bei jungen Menschen aufgeht: Uwe Jacob, Direktor des LKA in Düsseldorf und einer der Referenten des GdP-Forums, geht davon aus, dass es aktuell alleine in NRW fast 300 Gefährder gibt. Im Jahr 2015 waren es noch 161. 86 von ihnen gelten als so gefährlich, dass sie eigentlich rund um die Uhr überwacht werden müssten. Alleine dafür wären rund 2000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten notwendig, die es aber nicht gibt.

Anfällig für die neue IS-Strategie sind bereits Kinder und Jugendliche. Yad A., der im Dezember 2016 in Ludwigshafen eine Nagelbombe zur Explosion bringen wollte, war bei seiner Tat gerade einmal 12 Jahre alt. Safia S., die Mitte Februar im Hauptbahnhof von Hannover mit einem Messer auf einen Beamten der Bundespolizei eingestochen hat, war 15 Jahre alt. Riaz K. A., der im vergangenen Jahr in einem Zug in Würzburg fünf Menschen mit einem Beil verletzt hat, war ebenfalls erst 17 Jahre alt. Auch die Jugendlichen, die im April vergangenen Jahres einen Anschlag auf den Essener Sikh-Tempel verübt haben, waren erst 16 Jahre alt.

Anders als die RAF, die in den 1970er- und 1980er-Jahren mehr als 60 Morde in Deutschland begangen hat,

greifen die Anhänger des IS zudem nicht Repräsentanten des Staats und führende Industrielle an, sondern ihre Anschläge können jeden treffen. An jedem Ort. Alles Umstände, die die Arbeit der Polizei nicht leichter machen. Nicht von ungefähr hat LKA-Direktor Jacob deshalb auf dem GdP-Forum die Bekämpfung des islamistischen Terrors als die „größte Herausforderung seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet.

Erkenntnisse über Gefährder endlich europaweit austauschen

Um dennoch neue Terroranschläge zu verhindern, brauchen Polizei und Verfassungsschutz bereits im Vorfeld der Taten mehr Informationen über die Zusammensetzung der Sympathisantenszene des IS und über deren Kommunikationsstrukturen in Deutschland. Ganz oben auf der Handlungsliste stehen dabei für die GdP zwei Forderungen:

Zum einen muss der Datenausgleich über islamistische Gefährder europaweit vernetzt werden. „Erkenntnisse über ein potenzielles IS-Mitglied, die in einem Mitgliedsland der EU gesammelt worden sind, müssen auch für die Polizei in den anderen EU-Ländern in

Echtzeit zugänglich sein. Damit wir bei einer Personenfeststellung wissen, wer vor uns steht“, forderte deshalb GdP-Vorstandsmitglied Wolfgang Spies auf dem Forum. „Genau daran hapert es aber. Trotz aller Versprechen der Politik“, klagte er.

Zum anderen fordert die GdP, dass es in Deutschland endlich zu einem rechtskonformen Weg kommt, wie die Polizei bei Terrorverdächtigen auf deren Verbindungsdaten über Telefon und Internet zugreifen können. Für großes Unverständnis sorgte auf dem Forum eine erst unmittelbar zuvor gefällte Entscheidung der Bundesnetzagentur, die Telekommunikationsunternehmen vorläufig nicht zur Speicherung der Verbindungsdaten anzuhalten. Anlass der Entscheidung war ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster, das in einem Eilverfahren einem Münchner Provider zugestanden hat, bis zur Entscheidung im Hauptverfahren keine Verbindungsda-





ten seiner Kunden zu speichern. „Die Terrorismusbekämpfung wird durch diese Entscheidung massiv zurückgeworfen“, kritisierte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plückert auf dem Forum. Zudem warnte er vor einem auch in der Politik weit verbreiteten Irrtum: „Die Vorratsdatenspeicherung gibt der Polizei nicht, wie oft in der Öffentlichkeit suggeriert, die Möglichkeit, Telefongespräche mitzuhören, sondern sie stellt lediglich sicher, das gespeichert wird, wer wann mit wem telefoniert hat. Die Daten werden zudem bei den Telekommunikationsunternehmen gespeichert, nicht bei der Polizei. Erst wenn ein Richter sie freigibt, können wir sie nutzen“, sagte Plückert. LKA-Direktor Uwe Jacob ging in seiner Kritik an der Regulierungsbehörde noch einen Schritt weiter, indem er fragte, auf welcher Grundlage eine untergeordnete Behörde berechtigt sei, sich über ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz hinwegzusetzen?

Lehren aus dem Fall Amri

Ein weiterer Schwerpunkt des GdP-Forums, das unter dem Titel „Terrorismus – Berlin, Dortmund und jetzt?“ stand, war der Anschlag auf den BVB-Bus im April in Dortmund. Auch wenn sich im Nachhinein herausgestellt hat, dass der Anschlag keinen terroristischen, sondern einen kriminellen Hintergrund hatte, hatte die Dortmunder Polizei damals den gleichen Einsatzplan in Gang gesetzt, wie er auch nach einem Terroranschlag greift. Dieter Keil, Leiter der Direktion Gefahrenabwehr und Einsatz beim PP Dortmund, stellte gemeinsam mit dem Leiter des Ständigen Stabes, Andreas Wien, dar, vor welche Herausforderungen eine Polizeibehörde bei einem Terroran-

schlag gestellt wird.

Der Gießener Strafrechtsexperte Prof. Dr. Bernhard Kretschmer ist auf dem GdP-Forum zudem der Frage nachgegangen, welche neuen Erkenntnisse es seit der Veröffentlichung seines Gutachtens zum Fall Amri für die ehemali-

ge rot-grüne Landesregierung gibt. Kretschmer blieb unter dem Strich bei der grundsätzlichen Bewertung aus seinem Gutachten über den Fall

Amri, auch wenn er aufgrund der aktuellen Erkenntnisse einige Zusammenhänge heute anders bewerten würde. Grundsätzlich hält er die Fehler, die ohne Zweifel gemacht wurden, nicht für ausschlaggebend. Ohne sie wäre der Anschlag keinesfalls verhindert worden.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



Teilnehmern drohen in Zukunft Haftstrafen

Die Teilnehmer illegaler Autorennen sind meist jung und männlich. Ihre Fahrzeuge stecken bis unter den Rand voll mit modernster Technik. Doch bei der Beherrschung der hochgerüsteten Fahrzeuge sind die jungen Fahrer oft überfordert, vor allem wenn sie mit vollkommen überhöhter Geschwindigkeit durch die Innenstädte rasen. Immer wieder sind deshalb in den vergangenen Jahren in NRW Unbeteiligte bei illegalen Autorennen ums Leben gekommen. Für die Verursacher ist die Teilnahme an den illegalen Autorennen dagegen oft folgenlos geblieben.

Das wird sich in Zukunft ändern: Nach einer Anfang Juli gefällten Entscheidung des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe (BGH) müssen die Teilnehmer in Zukunft mit einer Haftstrafe rechnen, wenn durch das Rennen ein Mensch zu Tode kommt. Grundlage der BGH-Entscheidung war ein illegales Rennen in der Kölner Innenstadt, bei der einer der Teilnehmer die Kontrolle über sein Fahrzeug verloren und eine Radfahrerin tödlich verletzt hatte. Das Kölner Landgericht hatte die beiden am Rennen beteiligten Autofahrer lediglich zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Nach der Entscheidung des BGH ist das unzulässig. Die beiden Raser hätten durch ihre aggressive Fahrweise die Gefahr eines tödlichen Unfalls bewusst herbeigeführt, stellt der BGH fest. Zudem verstoße die Entscheidung des Landgerichts Köln, die beiden Teilnehmer des illegalen Autorennens lediglich zu einer Bewährungsstrafe zu verurteilen, gegen das allgemeine Rechtsempfinden.

Die GdP geht davon aus, dass die Entscheidung des Bundesgerichtshofs die Raserszene in NRW nachhaltig verändern wird. „Niemand kann in Zukunft mehr behaupten, die Teilnahme an einem illegalen Rennen sei ein nur cooles Event, das keinem schadet“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens gegenüber den Medien. „Auch die Teilnehmer der Rennen wissen jetzt, dass sie mit dem Leben anderer Menschen spielen und dafür ins Gefängnis kommen können.“

Parallel zur neuen Rechtsprechung des BGH fordert auch der Bundesrat ein schärferes Vorgehen gegen die Teilnehmer illegaler Rennen. Nach einer Ende Juni von der Länderkammer beschlossenen Gesetzesverschärfung sollten die Teilnehmer illegaler Rennen in Zukunft zu einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren verurteilt werden können. Bislang drohen ihnen lediglich 400 Euro Bußgeld und ein paar Monate Fahrverbot.



The first Winner is ...

Ende Juni hat der Landesbezirk die Aktion „Saugute Kollegen!“ gestartet. Jetzt steht der erste Gewinner fest, der die Tasse mit der heiß begehrten „Sauguter Kollege“-Karikatur wirklich verdient hat: Michael Vollmer, Trainer bei ZA 22 in der KP B Coesfeld. Vorgeschlagen hat ihn Andrea Fosse von der Polizeiwache Coesfeld.

„Als ich in der letzten Ausgabe euren Aufruf zum ‚Sauguten Kollegen‘ gelesen habe, musste ich schmunzeln und habe so überlegt, wen ich in diesem Falle favorisieren würde“, hat sie der Jury geschrieben. „Eigentlich habe ich mega viele ‚saugute Kollegen und Kolleginnen‘, doch in der letzten Woche – und auch schon Monate vorher – ist einer so richtig hervorge-
stochen: Michael Vollmer von ZA 22.

Warum? Kurz begründet – auch wenn er in der ‚Nachbardirektion‘ arbeitet, sieht man sich durch die Büroverteilung fast täglich. Smalltalk, ein liebes Wort, tolle Ideen oder Hilfestellungen – das ist Michi. Weil er wirklich immer gut gelaunt ist, immer ein nettes, freundliches Wort für jeden auf den Lippen hat und mir in einer stressigen Situation nicht nur einen Kaffee, sondern auch noch Schokolade geholt hat (ganz spontan – ohne Aufforderung).

Er meinte, wenn ich ein sorgenvolles Gesicht gemacht habe: Waren wohl ein paar anstrengende Tage! Das hat mir einfach imponiert und ich habe mir ein Loch in den Bauch gefreut, und nach dem ersten Schluck Kaffee und

der Schoki ging die Arbeit tatsächlich leichter von der Hand. Daher würde ich mich mega freuen, wenn der Michi so eine Tasse bekommt, denn die hat er verdient, weil er spontan und eigenständig ‚Saugutes‘ tut.“

Das hat auch die GdP-Jury überzeugt. Die erste „Sauguter Kollege“-Tasse ist schon auf dem Weg nach Coesfeld! Aber wir haben noch 99 weitere Tassen mit der begehrten „Sauguter Kollege“-Karikatur. Und 100 Tassen für eine „Saugute Kollegin“. Deshalb brauchen wir eure Vorschläge! Für Kolleginnen und Kollegen, die einfach saugut sind! Denn kaufen könnt ihr die Tasse nirgendwo, sondern ihr könnt sie nur verschenken, indem ihr „saugute Kolleginnen und Kollegen“ vor-



schlägt. Deshalb her mit euren Geschichten! Direkt per Mail an: socialmedia@gdp-nrw.de

Weitere „Saugute Kollegen“ unter: www.gdp-nrw.de

GdP-VERKEHRSFORUM

Ausgebremst und überrollt – Überwachung des Schwerlastverkehrs in NRW

Schwere Verkehrsunfälle, an denen Lkw beteiligt sind, gibt es in NRW fast täglich. Zu den häufigsten Unfallursachen zählen Ablenkung, Müdigkeit und zu geringer Abstand. Häufig kommt es auch zur Überschreitung von Lenkzeiten, zu Verstößen gegen das Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen, zur Überladung und zu technischen Manipulationen an den Sicherheitssystemen. Einer der wichtigsten Gründe dafür: Der Konkurrenzdruck im Transportgewerbe ist hart – das Entdeckungsrisiko bei

Verstößen dagegen gering. Nicht nur weil den Verkehrsdirektionen der Polizei das Personal fehlt, sondern auch weil immer weniger Beamtinnen und Beamte so ausgebildet werden, dass sie eine qualifizierte Kontrolle schwerer Lkw durchführen können.

Wird beim Lkw-Verkehr die Sicherheit zugunsten wirtschaftlicher Interessen ausgebremst? Wird die Polizei gemeinsam mit anderen Aufsichts- und Kontrollbehörden durch die schiere Wucht des Lkw-Verkehrs schlicht überrollt? Geht NRW richtig

mit den Herausforderungen um, die sich aus der geografischen Lage als Transitland ergeben?

Auf dem Verkehrsforum der GdP am 27. September in Düsseldorf diskutieren Experten der Polizei, des Bundesamts für Güterverkehr (BAG), des Speditionsgewerbes und der Fahrzeugindustrie darüber, wie die Sicherheit des Schwerlastverkehrs in NRW verbessert werden kann.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



PHJAV setzt Tauschbörse ganz oben auf die Tagesordnung



Wer in NRW seine Ausbildung als Polizeikommissarin oder -kommissar abschließt, darf eine Wunschbehörde für seine Erstverwendung nennen. Ob es mit dem Wunschort klappt, erfahren die jungen Kolleginnen und Kollegen aber meistens erst wenige Wochen vor dem Ende ihres Bachelorstudiums. In diesem Jahr könnte es sogar noch später werden, denn bis Anfang Juli hat das Innenministerium noch immer keine neue BKV vorgelegt, die die landesweite Verteilung der Polizistinnen und Polizisten regelt. Der Grund: Weil viele Stellen des noch von der rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmenpakets zur Stärkung der Inneren Sicherheit erst in diesem Jahr besetzt werden sollen, bleiben nicht genügend Nachwuchspolizisten übrig, um den

Nachersatzbedarf in 47 Kreispolizeibehörden zu decken. Deshalb soll die BKV noch einmal überprüft werden.

Für die im Juni neu gewählte Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung der Polizei (PHJAV) gibt es deshalb bereits zu Beginn ihrer Amtszeit viel zu tun. Denn die PHJAV organisiert seit Jahren eine Tauschbörse für Nachwuchspolizisten, die hilft, über einen Stellentausch doch noch in die Wunschbehörde zu kommen. Zudem will die PHJAV in den kommenden zwei Jahren mit dazu beitragen, dass die Kapazitäten an den Ausbildungsstandorten der Polizei so ausgeweitet werden, dass der hohe Ausbildungsstand der NRW-Polizei trotz der geplanten Einstellung von 2300 Anwärterinnen und Anwärtern pro Jahr erhalten bleibt.

Um die Arbeit zügig in Angriff zu nehmen, hat sich die neu gewählte PHJAV bereits Ende Juni zu ihrer ersten Sitzung im Innenministerium getroffen. Zum neuen Vorsitzenden wurde dabei der GdP-Spitzenkandidat Max Rojahn gewählt. Zur Stellvertreterin wurde Johanna Schlüter gewählt. Auch die weiteren ständigen Mitglieder Katharina Kreusel, Jana Brandt, Christopher Heuts und ihre Vertreterinnen und Vertreter Victoria Stumpf, Sabine Geppert, Alexander Busch und Yves-Pascal Arlt kommen aus der GdP.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der September-
Ausgabe ist der 7. August.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 8.8. Wilfried Wiechert, Meckenheim
- 11.8. Katharina Gorski, Bergisch Gladbach
- 19.8. Hermann Stöckmann, Essen
- 21.8. Käthe Bollmann, Erkelenz
- 25.8. Gerhard Kniza, Unna

91. Geburtstag

- 3.8. Helga Beckers, Mönchengladbach
- 18.8. Hans Kellers, Krefeld
- 25.8. Philipp Langohr, Herzogenrath
- 30.8. Kurt Schreiber, Bochum

92. Geburtstag

- 1.8. Friedrich Quarz, Eitorf
- 13.8. Käthe Debuch, Wegberg
- 21.8. Elisabeth Orywal, Köln

93. Geburtstag

- 2.8. Ingeborg Büttgenbach, Düsseldorf
- 10.8. Lieselotte Keim, Gladbeck
- 15.8. Maria Zlender, Oberhausen
- 18.8. Fritz Budde, Lage
- 24.8. Marcelle Zech, Leverkusen

94. Geburtstag

- 2.8. Margarete Sperl, Ahlen
- 19.8. Helmut Beyer, Halle

95. Geburtstag

- 6.8. Hans Quack, Wegberg
- 25.8. Magdalena Droll, Paderborn

96. Geburtstag

- 8.8. Änni Kuhn, Sinzig
- 10.8. Bernhardine Wittenbrink, Gütersloh
- 19.8. Kurt Quellmelz, Marienheide
- 31.8. Anna-Maria Michl, Brühl

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW
wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





Landesseniorenreise

5. bis 14. Mai 2018

Portugal

Lissabon und Algarve

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen nach Lissabon und zurück von Faro
 - Zug zum Flug Ticket in der 2.Klasse
 - alle notwendigen Transfers
- 4 Übernachtungen im 4*-Hotel in Cascais und 5 Übernachtungen im 4*-Hotel in Vilamoura
 - Halbpension
- verschiedene ganz- bzw. halbtägige Ausflüge innerhalb des Rundreiseverlaufs inkl. Eintrittsgeldern
 - Begleitung durch den GdP-Reiseservice

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.309,-

Zimmer zur Alleinbenutzung gegen Aufpreis buchbar.

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an oder besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



Vorbereitungen angelaufen



Alle vier Jahre treffen sich die Vertreter der Kreisgruppen und der Personengruppen zu einem mehrtägigen Landesdelegiertentag, um über die künftigen Arbeitsschwerpunkte und die politischen Ziele der GdP zu beraten und einen neuen Landesbezirksvorstand zu wählen. Der nächste Landesdelegiertentag findet vom 24. bis 26. April 2018 in Düsseldorf statt. Am 25. April wird der Landesbezirk zudem mit einem Festakt an die Grün-

derung der GdP vor 70 Jahren in Düsseldorf erinnern. Um den Landesdelegiertentag auf eine breite demokratische Grundlage zu stellen, finden bereits im Oktober die Konferenzen der drei Personengruppen der GdP und das Tarifforum statt. Den Anfang macht am 5. Oktober die Landesfrauenkonferenz in Sprockhövel, gefolgt von der Landesjugendkonferenz vom 13. bis 14. Oktober in Münster und der Landesseniorenkonferenz am 25. Oktober in Selm. Das Tarifforum am 19. Oktober findet ebenfalls in Selm statt. Parallel dazu treffen sich im Herbst auch die GdP-Bezirke, um eigene Anträge für den Landesdelegiertentag zu beraten. Antragsschluss ist der 24. November.

Glücksnummern des Monats

45 4695
Michael Scheich, LZPD
45 4958
Alexandra Madronte, Siegburg
45 4709
Rainer Feger, Mönchengladbach
45 12912
Michael Spanel, Gelsenkirchen

Die Gewinner im August erhalten eine GdP-Uhr „Reflects Trend“.

GdP aktiv

28.8., 1. GdP-Golfturnier, Golfclub Haus Bey, An Haus Bey 16, Nettetal, Info und Anmeldung: stefanie.bauer@gdp-nrw.de

27.9., GdP-Verkehrsforum „Ausgebremst und überrollt – Überwachung des Schwerlastverkehrs in NRW“, Düsseldorf-Arcaden, Info und Anmeldung: anneliese.grenz@gdp-nrw.de

28.9., GdP-Kartrennen, 18 Uhr, Coolrunners, Mühlenstr. 5, Gevelsberg, Info und Anmeldung: stefanie.bauer@gdp-nrw.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

8. August, 13:30 bis 16:30 Uhr, Seminar Seniorengruppe, Johannes Zimmermann Beihilfe für Pensionäre, die in diesem Jahr in den Ruhestand getreten sind oder treten werden, Kreispolizeibehörde Coesfeld, Daruper Str.

7, 48653 Coesfeld, Raum 317

30. August, 14:30 Uhr, Grillnachmittag Senioren, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen, Anmeldungen erforderlich bei Johannes Zimmermann, Tel.: 0 25 41/7 29 63

Kreisgruppe Unna

30. August, 15:00 Uhr, Senioren besichtigen Schloss Nordkirchen, Schloßstr. 1, 59394 Nordkirchen, Anmeldung bis zum 21. August 2017 bei Alfred Weber, Tel.: 0 23 07/27 93 92 oder Willi Kleimann, Tel.: 0 23 03/9 21 67 89

NACHRUFE

Karl Heinz Diegelmann	13.05.1941	Aachen	Margrit Holz	11.08.1939	Essen/Mülheim
Elsbeth Dicke	05.05.1936	AP Düsseldorf	Walter Pletz	07.11.1934	Essen/Mülheim
Editha Coers	08.11.1923	Bergisches Land	Astrid Kuhl	30.08.1925	Gütersloh
Norbert Brößkamp	29.05.1950	Bochum	Gerhard vom Ort	26.04.1954	Hagen
Helmut Dorka	23.04.1927	Bochum	Jürgen Lüttgen	27.03.1942	Köln
Heinz Förster	09.03.1931	Bochum	Reinhold Krüger	24.07.1946	Minden-Lübbecke
Heinz Kolletzki	15.01.1937	Bochum	Elisabeth Gloth	28.07.1926	Paderborn
Gerhard Kelch	30.07.1938	Düren	Hans Springmann	19.02.1939	Recklinghausen
Waldemar Heylandt	28.05.1923	Düren	Heinz Wedel	07.08.1927	Soest
Heinz Tretting	27.09.1923	Düren	Maria Walke	01.08.1927	Steinfurt
Günther Hauk	07.09.1945	Ennepe-Ruhr	Edith Brackelmann	02.01.1924	Unna

